

# Freiheit im Angesicht der Katastrophe

Ein Appell

von Anselm Eckhardt

Eine Pandemie betrifft, wie bereits der Begriff sagt, alle Menschen weltweit. Seit der letzten länger andauernden Pandemie, der Spanischen Grippe, sind ungefähr 100 Jahre vergangen. Vieles hat sich seitdem verändert. Die Industrialisierung ist fortgeschritten; mit ihr stieg die Mobilität der Menschen. Es ist ungleich mehr Menschen als früher möglich, binnen kurzer Zeit weite Reisen zu unternehmen. Und ihre Infektionskrankheiten können mit ihnen reisen. Glücklicherweise hat auch die Medizin in den letzten ungefähr 130 Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Demzufolge hat sich die Lebenserwartung der Menschen mehr als verdoppelt.<sup>1</sup> Leben bedeutet Zeit. Durch moderne Verkehrsmittel hat sich der Raum, in dem sich Menschen und ihre Krankheiten bewegen, wesentlich erweitert. Bewegungsraum bedeutet Freiheit. Menschen erlebten in den letzten Jahren eine massive Zunahme individueller Lebenszeit und Freiheit. Zunahme an Zeit und Raum muss gestaltet werden. Angesichts einer um sich greifenden Infektionsbedrohung wurden Freiheit und damit qualitative Lebenszeit eingeschränkt. Es verwundert nicht, dass sich hieran nicht verebbende gesellschaftliche Diskussionen festmachen mussten. Seit Ende 2020 sind Impfstoffe verfügbar; die Prozeduren ihrer Entwicklung erfolgten so schnell wie nie zuvor. Ein Teil dieser Impfstoffe verdankt sich den Erkenntnissen und Verfahren der Molekulargenetik.<sup>2</sup> Zudem fußt die Entwicklung dieser Impfstoffe auf jahrzehntelanger Grundlagenforschung zur Krebstherapie. Dennoch ist die Frage des Impfens, der Impfnotwendigkeit in einer Weise strittig, dass sie gesellschaftliche Polarisierungen ausgelöst haben, die sogar in die Theologie und die Kirche hineinreichen: Kann ein Verweis auf individuelle Freiheit und die möglichen Nebenwirkungen der Impfstoffe ein ausreichend tragfähiges Argument gegen eine umfassende oder auch nur berufsspezifische Impfpflicht sein? Oder rechtfertigt der Hinweis auf das Gemeinwohl einen Eingriff in Freiheitsrechte? Ist der Einspruch gegen die Impfpflicht ein Akt der Zivilcourage; oder handelt es sich um eine Aushöhlung der Legitimationsbasis des liberalen demokratischen Staates?

Aber welche Alternativoptionen stünden modernen, auf Freiheit ausgerichteten und gelingendes Leben anvisierenden Gesellschaften im Angesicht einer Infektions-Katastrophe – und nichts anderes ist diese Pandemie – sonst zur Verfügung? Allein die Zunahme individueller Mobilität auf der ganzen Welt hat bewirkt, dass es sich bei der Bekämpfung der Pandemie bzw. ihrer Eindämmung um eine Aufgabe handelt, die nur die gesamte Menschheit gemeinsam lösen können. Nun gibt es faktisch aber nur vier verschiedene Möglichkeiten, wie wir einer Erkrankung, die alle Menschen auf der Erde betrifft, mit den uns

---

<sup>1</sup> Vgl. Rainer Radtke, Lebenserwartung in Deutschland nach Geschlecht bis 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/185394/umfrage/entwicklung-der-lebenserwartung-nach-geschlecht/> (letzter Abruf 03.02.2022).

<sup>2</sup> Vgl. mRNA-Impfungen gegen Krebs. Das Potenzial voll ausschöpfen – Interview mit Niels Halama, <https://www.dkfz.de/de/aktuelles/mRNA-Impfung-gegen-Krebs.html> (letzter Abruf 07.02.2022).

zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen können: erstens individuelle Isolation, zweitens strategische Durchseuchung, drittens medikamentöse Prophylaxe oder viertens kurative Behandlung. Keine dieser Optionen ist risikolos, keine bietet einen idealen Weg aus einer katastrophalen Situation; aber im Modus der wechselseitigen vernünftigen Abwägung stellt sich doch heraus, dass wir zwischen besseren und schlechteren Optionen unterscheiden müssen: So hätte die Durchseuchung der Weltbevölkerung auf Jahrzehnte unabsehbare Folgen. Ja, die Lebenserwartung vieler Menschen verkürzte sich zunächst aufgrund der pandemischen Erkrankung drastisch. Die Folgen könnten eine globale Wirtschaftskrise sein, möglicherweise bräche ein Großteil der Gesundheitsversorgung zusammen, wodurch sich die Lebenserwartung weiterer Menschen drastisch verkürzte. Eine zusätzliche Folge weltweiter Wirtschaftskrisen wären harte Verteilungskämpfe, die sogar in kriegerische Auseinandersetzungen führen können. Wer den Wert von Freiheit unterstreicht und Freiheit in den Kontext gesellschaftlichen Friedens eingebettet denkt, wird die erste Option sicher nicht als probates Mittel erachten können. Die zweite Option, die der Isolation, kann in einer so stark arbeitsteiligen und spezialisierten Gesellschaft allenfalls nur eine stark begrenzte Zeit funktionieren, ohne dass sie schwerwiegende ökonomische Konsequenzen mit sich brächte, die wiederum zu Verteilungskonflikten führten.

Vor dem Hintergrund einer verantwortungsethischen Abwägung blieben daher nur die Optionen eines medikamentös-kurativen oder -prophylaktischen Handelns, die einen gesellschaftsstabilisierenden, aber auch humanen Ausweg zu bieten scheinen. Der kurative Weg für sich allein stellt – neben der Tatsache, dass immer noch nicht ausreichend viele, durchschlagende Medikamente zur Verfügung stehen – derzeit keinen über jeden Zweifel erhabenen Ausweg dar: Denn nach gegenwärtigem Stand der Forschung leiden ca. 10 % aller am pandemischen Virus erkrankten Menschen an einer langanhaltenden Folgeerkrankung<sup>3</sup>, deren Behandlung sich oft über viele Monate erstrecken kann oder die sogar in dauerhafte Behinderungen münden kann<sup>4</sup>. Die sozioökonomischen Folgen eines nur auf Heilung von Erkrankten ausgelegten Handelns wären in dieser pandemischen Situation vielleicht nicht ganz so, aber doch ähnlich problematisch wie die Folgen der oben skizzierten anderen Optionen. Daher überrascht es nicht, wenn Johannes Klösges unlängst in einem Essay darauf hinwies, es sei in erster Linie ein Gebot *der Vernunft*, das dafür spräche, sich impfen zu lassen.<sup>5</sup>

Neben der nicht zu leugnenden Tatsache, dass die vorbeugende Behandlung durch Impfungen meistens zu wesentlich mildereren Verläufen von Infektionen führt, falls sie sie nicht verhindert, spricht auch ein anderer Umstand, der immer noch zu selten – und meist nur im Kontext der Intensivbettenbelegung – öffentlich thematisiert wird: Medizinisches Personal in Kliniken arbeitet seit geraumer Zeit und jetzt immer noch an der Obergrenze der körperlichen und seelischen Belastbarkeit. Je mehr Menschen sich mit dem Virus infizieren, desto höher wird die Anzahl der klinisch zu behandelnden und zu versorgenden

<sup>3</sup> Corona Langzeitfolgen – Studien im Überblick, <https://www.median-kliniken.de/long-covid/de/fuer-fachpublikum/krankheitsbild-long-covid/zahlen-aus-studien/> (letzter Abruf 07.02.2022).

<sup>4</sup> Vgl. *Bayerisches LSG*, Urteil vom 11.06.2014, L 3 SB 182/10, <https://versorgungsmmedizinische-grundsaetze.de/Urteile/GdB%20chronisches%20Ersch%C3%B6pfungssyndrom.html> (letzter Abruf 07.02.2022).

<sup>5</sup> Vgl. *Johannes Klösges*, Am Sabbat heilen. Covid-19-Impf-Aktionen an heiligen Orten. In: *HerKor* 75 (1/2021), 21–23, hier 22.

Erkrankungsfälle. Die Situation des Personalmangels an vielen Kliniken führte schon vor dem Ausbruch der Pandemie<sup>6</sup> zu erheblichen Engpässen, aber auch ganz realen Kostensteigerungen für die Klinikträger. Auf Dauer würde es, wenn diese Situation anhielte oder sich durch die Pandemie verschärfte, zu sehr deutlichen Qualitätseinbußen, ja zu Abstrichen in der medizinischen Versorgung der Gesamtbevölkerung kommen. Aber hinter dieser nüchternen Feststellung verbirgt sich mehr: Es handelt sich um nichts anderes als die Umschreibung eines weiteren Keims jener Verteilungskämpfe, die den gesellschaftlichen Frieden und damit die Konstitutionsbedingungen individueller Freiheit bedrohen. Soll eine mangelbasierte Umverteilung, die sicher antiproportional zur gegenwärtigen Quote der Impfungen ausfallen würde, darüber entscheiden, welchen Standard das Gesundheitswesen in Deutschland zukünftig noch bieten können?<sup>7</sup> Die Rede von Verteilungskämpfen mag dramatisch erscheinen; aber der gerechte und gleiche Zugang zu lebenswichtigen Gütern gehört zu den Konstitutionsbedingungen und den Erfüllungskontexten menschlicher Freiheit. Ein freiheitsphilosophisches und freiheitspolitisches Argument kommt somit da an eine Grenze, wo die Exekution eben dieser individuellen Freiheit zu einer Bedrohung der Konstitutions- und Erfüllungsbedingungen von Freiheit würde.

Aber ist die Impfung wirklich der beste gangbare Weg? Stehen einer Impfpflicht nicht die körperliche Unverletzlichkeit und der Rang persönlicher Freiheit entgegen? Auf die Bedeutung der Würde des Menschen wird im Zusammenhang der Frage der Verpflichtung zur Impfung zurecht hingewiesen.<sup>8</sup> Die Grundrechte des Menschen wurzeln in seiner Würde. Würde ist jedoch ein Begriff, dessen Inhalt über das, was sich dem bloßen Auge darbietet, hinausreicht. Zu ihm gehört ein Element der Transzendenz, wörtlich des Übersteigens. Daher kann man sich dem Begriff der Würde nur in kleinschrittigen diskursiven Erwägungen annähern, wird des begrifflichen Gehalts aber in der Unterbrechung bloß funktionaler Logiken gewahr. Werden Freiheitsrechte geopfert, um eine bloß abstrakt-funktionale Integrität von Waren- und Geldkreisläufen zu schützen, ist der Appell an die menschliche Würde eine notwendige und relevante Unterbrechung solcher rein systemischer Funktionslogiken. Droht die Exekution von individueller Freiheit aber selbst zur Bedrohung der Lebensbedingungen eben von Freiheit überhaupt zu werden, läuft der Appell an die Würde ins Leere. Die Unterbrechung der mit der Exekution von konstitutionsbedrohender Freiheit gegebenen Unterbrechung wird zur Störung. Lebenswichtige, die Ermöglichungsbedingungen von Freiheit betreffende Erwägungen, die an der Realität Maß nehmen müssen, können nicht ohne die Berücksichtigung empirischer Grundlagen geschehen.<sup>9</sup> Hier sollten wir der immer latenten Neigung zum freiheitstheoretischen Manichäismus nicht nachgeben. Aus dem schwierigen Verhältnis von Begriff und Erfahrung entstehen diskursive Spannungen, die wir real beobachten können: Denn die auf Eindeutigkeit des

---

<sup>6</sup> Vgl. *Jens Flintrop; Sabine Rieser*, Honorararztwesen in Deutschland: Drang nach Selbstbestimmung, <https://www.aerzteblatt.de/archiv/91484/Honorararztwesen-in-Deutschland-Drang-nach-Selbstbestimmung/> (letzter Abruf 07.02.2022).

<sup>7</sup> Vgl. ebd.

<sup>8</sup> Vgl. Die Spaltung überwinden: sieben wissenschaftliche Argumente gegen eine gesetzliche Impfpflicht und für einen offenen Diskurs, <https://7argumente.de/download/42/> (letzter Abruf 07.02.2022), 3.

<sup>9</sup> Vgl. *Klaus Demmer*, Selbstaufklärung Theologischer Ethik. Themen – Thesen – Perspektiven, Paderborn 2014, 221–222.

Gesollten zielenden ethischen Überlegungen sind im Kern anders als die Prozeduren medizinischer Wissenschaft: Wissenschaft verfährt nach dem Muster von Versuch und Irrtum. Wo die auf Eindeutigkeit angelegten Sollensdiskurse auf die Falsifikationsoffenheit wissenschaftlicher Verfahren treffen, können Friktionen nicht ausbleiben. Ihr Auftreten ist sogar zu begrüßen, weil sich darin zeigt, dass die verschiedenen Diskursarten noch nicht miteinander vermengt oder füreinander ersetzt wurden. Aber Friktionen dieser Art können nur ausgehalten werden, indem man die Eigenart des einen Diskurses mit der Eigenart des anderen konfrontiert und entsprechende Grenzziehungen vornimmt, ohne die Spielregeln jeweils aneinander zu messen. Die durchgehende Moralisierung der Wissenschaft wäre ebenso schädlich wie die vollständige Naturalisierung der Sollensfragen.

An diese Stelle kann eine zutiefst theologisch relevante Einsicht einen weiteren Aspekt ausleuchten: Menschliches Dasein und menschliches Erkennen sind begrenzt. Daraus folgt, dass lebenswichtige Entscheidungen nicht vertagt werden können, sondern getroffen werden müssen, ja, dass ein Nichthandeln seinerseits als Entscheidung gilt. Ein Nichtwissen, das trotz aller überprüfbarer Indizien nicht restlos verschwindet, ist der Grund dafür, dass wir Entscheidungen treffen müssen und nicht von Gewissheiten in Handlungsabläufe getragen werden. Solches Nichtwissen erinnert uns an unsere Vergänglichkeit und Kontingenz. Auch diesen Momenten muss sich eine demokratische Gesellschaft stellen und Wege finden, um die Trauer all derer, die durch mögliche Komplikationen im Rahmen der Bekämpfung einer Pandemie einen geliebten Menschen verloren haben, empathisch mitzutragen. Nur die Zeit kann zeigen, ob Entscheidungen, die gegenwärtig getroffen werden müssen, wirklich und vorbehaltlos gut gewesen sind. Aber der Kontext einer Katastrophe verbietet einen Modus der Reflexion im Irrealis der Vergangenheit.

In liberalen Demokratien werden Entscheidungskompetenzen auf kontrollierbare Weise delegiert. Mit dieser Übergabe von Entscheidungsbefugnis verbindet sich die Hoffnung, dass besonders befugte Mitmenschen aufgrund ihrer Kompetenzen nach ihrem besten Wissen und Gewissen die notwendigen Entscheidungen treffen werden und auch dürfen. Die grundsätzliche Achtung vor dieser (delegierten und überprüfbaren) Entscheidungsbefugnis bildet aber die Vertrauensbasis, ohne die eine liberale Demokratie nicht existieren kann; sie konfiguriert den realen Vertrauenskontext, in dem individuelle Freiheit erst gedeihen kann. Die von Achtung getragene diskursive Ausmittlung und im Diskurs ausgetragene kritische Überprüfung von Entscheidungen entspricht daher unseren demokratischen Spielregeln, nicht aber eine – wie leider zu beobachten ist – ressentimentgeladene Delegitimierungskampagne gegen Entscheidungsträger und ihre wissenschaftlichen Ratgeber\*innen. Eine Bedingung der Möglichkeit dafür, dass die gewählten Entscheidungsträger ihre Entscheidungen treffen können, ist ja gerade, dass ihre Entscheidungshoheit geachtet wird. Ein Katastrophenfall wie die Pandemie setzt diese demokratischen Regeln unter einen enormen Druck, weil Entscheidungen über Verfahren, die mit größtmöglicher Sorgfalt abgewogen werden müssen, binnen einer extrem kurzen Zeitspanne gefällt werden müssen. Aber die angemessene Reaktion auf diesen Druck ist nicht die Ächtung jeder Entscheidung, sondern ihre diskursive Reflexion im Stile einer abwägenden und solidarischen Vernunft.

Es gibt vieles, das darauf hinweist, dass Impfung in zeitlicher und medizinischer Hinsicht der – komparativ im Licht der verfügbaren Mittel betrachtet – beste Weg ist, um die derzeitige Pandemie in einer Weise zu überwinden, die die hoch differenzierten Subsysteme liberaler demokratischer Gesellschaften nicht aus den Gleisen springen lässt. Um dieses Zieles willen erscheint es durchaus sinnvoll und angemessen, dem einzelnen Menschen Pflichten aufzuerlegen, die in einer Katastrophensituation, wie einer Pandemie, gegebenenfalls auch Grundrechte einschränken, gerade wenn dadurch die radikale Gefährdung der Konstitutions- und Erfüllungsbedingungen von Freiheit überhaupt vermieden werden kann. Die Frage, ob der Staat in Grundrechte eingreifen darf, ist und bleibt freilich kompliziert. Darf der Staat Autonomie der Einzelnen zugunsten eines gesamtgesellschaftlichen Gutes beschneiden? Ist die Grenze nicht spätestens dort zu ziehen, wo die körperliche Unversehrtheit betroffen ist? Wenn man über das Recht auf körperliche Unversehrtheit spricht, dann spricht man unter Umständen von Leben und Tod. Demzufolge wird klar, dass ein ganzheitlicher Blick vonnöten ist, um derartige Frage bedenken zu können. Im ganzheitlichen Blick auf das gute und gelingende Leben zeigen sich Werte, denen ein ebenso hoher Stellenwert wie den Grundrechten einzuräumen ist. Zu ihnen gehören Werte, die sich z. B. in den Haltungen der Solidarität und Tapferkeit ausdrücken: Haltungen, die wir von Ärzt\*innen und Pflegekräften in dieser Katastrophe erwarten, denen aber eine Reziprozitätsforderung inhärent ist. Natürlich hat die Verwirklichung solcher Werte eine Grenze zu achten: die des unmittelbaren körperlichen Zwangs. Reflektiert man aber den Wert, der sich in der Kultivierung der Tapferkeit ausdrückt, eingehender, so ist es durchaus sinnvoll, den Begriff der Tapferkeit durch den Begriff der Hoffnung zu erweitern. Tapferes Hoffen hieße konkret: jene Chance beherzt zu nutzen, für die es sich lohnt, ein gewisses Risiko in Kauf zu nehmen, um mein Leben und das Leben derer, die mit mir sind, als ein gutes und gelingendes Leben erhalten zu können und gemeinsam einen großen Teil zur Sicherstellung der Konstitutions- und Erfüllungsbedingungen von Freiheit beizutragen, zu denen ja auch ganz konkret die Garantie einer verfügbaren und gewährleisteten gesundheitlichen Versorgung gehört.<sup>10</sup> Unterstreicht man zudem den religiösen Aspekt des Hoffens, so bedeutete dies in diesem Zusammenhang, dass man froh die Chance ergreift, etwas Gutes zu erreichen bzw. es erhalten zu können, dass man alles Notwendige dafür auf sich nimmt, um in einer Gemeinschaft von Menschen dafür Verantwortung zu übernehmen. In diesem Licht betrachtet kann das, was behördlich als Impfpflicht verordnet würde, aus den skizzierten Werthaltungen heraus sogar als etwas Erstrebenswertes erscheinen.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. *Ludwig Siep*, *Konkrete Ethik. Grundlagen der Natur- und Kulturethik*, Frankfurt 2003, 354–361.

<sup>11</sup> Weitere Veröffentlichungen zur Sache: COVID-19: Impfung von Jugendlichen vermeidet schwere Erkrankungen und Todesfälle, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/130886/COVID-19-Impfung-von-Jugendlichen-vermeidet-schwere-Erkrankungen-und-Todesfaelle> (letzter Abruf 07.02.2022). *Paul-Ehrlich-Institut*, Sicherheitsbericht. Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen nach Impfung zum Schutz vor COVID-19 seit Beginn der Impfkampagne am 27.12.2020 bis zum 30.11.2021, [https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-20-bis-30-11-21.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/sicherheitsberichte/sicherheitsbericht-27-12-20-bis-30-11-21.pdf?__blob=publicationFile&v=9) (letzter Abruf 07.02.2022). *Kai Dürfeld; Jean-Paul Bertemes; Gérard Schockmel*, Covid-Impfungen verringern die Übertragbarkeit von SARS-CoV-2 – in welchem Ausmaß? <https://www.science.lu/de/transmissionsreduktion/covid-impfungen-verringern-die-uebertragbarkeit-von-sars-cov-2-welchem-ausmass> (letzter Abruf 07.02.2022).

## Verzeichnis der Mitarbeitenden

Dr. theol. *Fabian Brand*, Habilitand und Publizist, Johannesweg 4, 96215 Lichtenfels.

Prof. em. Dr. theol. *Martin Ebner*, Lehrstuhl für Exegese des Neuen Testaments, Katholisch-Theologische Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, An der Schlosskirche 2–4, 53113 Bonn (bis 2019).

PD Dr. theol. Dr. phil. *Thomas Fornet-Ponse*, Leiter der Abteilung Bildung bei missio Aachen – Internationales Katholisches Missionswerk e.V., Goethestraße 43, 52064 Aachen.

*Lukas Metz*, Graduate Student für Katholische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München.

*Martin Repohl*, M. A., Doktorand am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien, Universität Erfurt, Nordhäuser Str. 63, 99089 Erfurt.

*Anselm Eckhardt*, [anselm.eckhardt@euro-tradenet.eu](mailto:anselm.eckhardt@euro-tradenet.eu).